

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mäg. Nikolaus Alm, Kolleginnen und Kollegen
betreffend des Werbeabgabegesetzes**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (52 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfi-
nanzrahmengesetz 2014 bis 2017 geändert und das Bundesfinanzrahmenges-
etz 2015 bis 2018 erlassen wird (137 d.B.), UG 40 – Wirtschaft**

Um das Thema Wettbewerb ist es in Österreich nicht gut bestellt. Zu viele Reglemen-
tierungen und zu viel staatlicher Einfluss behindern Wachstum und Innovation. Büro-
kratie hemmt unternehmerische Tätigkeit.

Die Werbeabgabe laut dem bundesweiten Werbeabgabegesetz ist ein wahres „Austria-
cum“ und basiert auf der Ankündigungsabgabe aus dem Jahre 1927. Dahinter ver-
birgt sich eine seit Anpassung und Beschließung als Bundesgesetz wettbewerbs-
feindliche Steuer, die Werbeleistungen in Print und TV-Medien mit 5% belastet. Tat-
sächlich existiert eine solche Steuer nur in Österreich.

Die Werbeabgabe mit ihrem jährlichen Ausmaß von etwa 100 Millionen Euro be-
schleunigt die in der Kommunikationswirtschaft fortschreitende Verlagerung in Rich-
tung digitaler Medien. Durch diese einseitige und daher wettbewerbsverzerrende
Mehrbelastung der traditionellen Medien wird ein fairer Wettbewerb unterschiedlicher
Kommunikationskanäle verhindert. Das belastet Klein- und Mittelunternehmer dieser
Branche, aber auch die bereits unter wirtschaftlichem Druck stehenden Medien wer-
den grundlos zur Kasse gebeten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage
betreffend eine Novelle des Werbeabgabegesetzes zuzuleiten, die eine Abschaffung
der bundesweiten Werbeabgabe vorsieht.“

N. Scherak (SCHERAK) J. Wacker (WACKER) N. Alm (ALM)
J. Reisl (REINL-REISINGER) H. N. (N. N.)